

Rohstoffknappheit in Sachen Vertrauen

Unforced Errors – die Union kämpft mit allerlei Problembären | Von Katharina Hamberger

Für die Stimmung in der Unionsfraktion dürften die vergangenen zwei Sitzungswochen keine guten gewesen sein.

Denn sowohl in der vergangenen als auch in dieser Woche stimmte das Parlament über die Aufhebung der Immunität zweier ihrer Mitglieder ab – Axel E. Fischer von der CDU und Georg Nüßlein von der CSU. In beiden Fällen wird – auch wenn es jeweils um unterschiedliche Sachverhalte geht – wegen des Anfangsverdachts der Bestechlichkeit von Mandatsträgern ermittelt, es steht also der Vorwurf der Korruption im Raum.

Natürlich gilt nach wie vor die Unschuldsvermutung, dennoch können solche Vorwürfe nicht nur zu einem Problem für die Betroffenen, sondern auch für die Parteien werden, in diesem Fall für die Union. Vor allem in einem Wahljahr, das möglicherweise doch schwieriger werden könnte für die C-Parteien, als die Umfragen noch vor wenigen Monaten hätten vermuten lassen. Schaut man auf die nun aktuellen Werte, ist zu sehen, dass die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement von Bund und Ländern abnimmt, die Beliebtheitswerte des Spitzenpersonals von CDU und CSU sind ebenfalls wieder zurückgegangen. Ende vergangenen Jahres erreichten sie teilweise noch ungeahnte Höhen. Auch bei den Umfragewerten der Union für die Bundestagswahl deutet sich eine Tendenz nach unten an. Aus Sicht der Schwesterparteien geht es nun darum, diesen Trend aufzuhalten.

Die Ermittlungen gegen Nüßlein und Fischer machen das nicht leichter, ganz im Gegenteil. Denn natürlich strahlen diese auch auf die Parteien aus. Hinzu kommen Berichte über Jens Spahns Spendendinner im Oktober in Leipzig und einen Maskendeal des Landes Nordrhein-Westfalen mit einem großen Bekleidungshersteller, der durch den Kontakt von Armin Laschet Sohn zustande gekommen sein soll.

Diese Fälle sind zwar alle sehr unterschiedlich – was sie aber eben doch verbindet, ist, dass sie das Potenzial haben, Vertrauen massiv zu beschädigen – vor allem, weil drei von ihnen mit Corona und dem Krisenmanagement der Regierung zu tun haben.

Da ist die Sache mit den Masken in NRW, bei dem Laschet Sohn – ein Mode-Influencer auf Instagram – die Kontakte hergestellt haben soll. Illegal war das nicht, Joe Laschet soll dafür kein Geld bekommen haben, aber dennoch wirkt es von außen seltsam, wenn der Ministerpräsident des bevölkerungsreichsten Bundeslandes auf die Verbindungen seines Sohnes zurückgreift – und dann musste der Deal auch noch rückabgewickelt werden. Das kann den neuen CDU-Chef, der seine Partei mindestens als Vorsitzender und, wenn nicht noch massiv etwas schieft, als Kanzlerkandidat in den anstehenden Wahlkampf führen wird, in den kommenden Wochen immer wieder einholen.

Auch der Bundesgesundheitsminister hat rechtlich gesehen nichts falsch gemacht, als er sich im Oktober in Leipzig mit Unternehmern zu einem Abendessen traf. Trotzdem ist es problematisch, wenn ein Gesundheitsminister – eines der wichtigsten Regierungsglieder in dieser Pandemiezeit – die Bevölkerung zur Vorsicht mahnt, aber selbst mehrere Menschen bei einem Dinner trifft. Einen Tag später wurde er zudem positiv auf Corona getestet. Dass er noch am Vorabend mit anderen zusammengesessen hat und dabei auch noch Spenden geflossen sind, kam erst vor wenigen Tagen durch die Medienrecherchen an die Öffentlichkeit. Da beweist jemand, der auch noch wegen einiger anderer Dinge, sein Krisenmanagement betreffend, in der Kritik steht, nicht gerade Fingerspitzengefühl. Und das kann Vertrauen kosten.

Der dritte Fall im Zusammenhang mit dem Corona-Management ist der von Georg Nüßlein. Bislang gilt auch hier die Unschuldsvermutung. Es steht aber eben der Anfangsverdacht der Bestechlichkeit im Raum – und das auch noch in Verbindung mit Atemschutzmasken. Der CSU-Politiker soll für die Vermittlung des Kontakts zwischen einem Maskenlieferanten und dem Bundes- sowie dem bayerischen Gesundheitsministerium mehr als 600 000 Euro bekommen haben. Nüßlein hat den Vorwurf in einer ausführlichen Erklärung zurückgewiesen. Zugleich bleiben die Anschuldigungen schwerwiegend, zumal in Zeiten, in denen viele Menschen um ihre wirtschaftliche Existenz bangen.



CDU-Bundesvorsitzender und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen: Armin Laschet

Am Freitagnachmittag teilte Nüssleins Anwalt auf jeden Fall mit, dass Nüßlein von seinem Amt als stellvertretender Fraktionsvorsitzender zurücktrete.

Wie weit dieser Schritt den Unmut aufzulösen vermag, den man in der Unionsfraktion über den 51-Jährigen in den vergangenen Tagen vernehmen konnte, bleibt offen. Denn das öffentliche Misstrauen gegenüber einem einzelnen Politiker wirkt sich häufig auf alle Abgeordneten seiner Partei aus.

Und dann ist nicht mehr nur Nüßlein gefragt, auch die Parteispitze der CSU muss sich verhalten. Sie muss den Spagat meistern, ihn als weiter amtierendes Mitglied der Fraktion einerseits nicht zu früh fallen zu lassen, schließlich ist noch nicht klar, was an den Vorwürfen überhaupt dran ist, und andererseits rechtzeitig die politische Reißleine zu ziehen, damit die Partei keinen allzu großen Schaden nimmt. Das Ende der Ermittlungen wird man dafür kaum abwarten können.

Schon in einer Woche finden die ersten Landtagswahlen dieses Superwahljahres statt, zum einen in Baden-Württemberg, dem ehemaligen Stammland der CDU, in dem mittlerweile aber die Grünen in den Umfragen weit vorne liegen und die Christdemokraten hinter dem Ergebnis der Wahl im Ländle vor fünf Jahren. Zum anderen wählt Rheinland-Pfalz am 14. März. Auch dort liegt die CDU hinter ihrem letzten, schon damals historisch schlechten Ergebnis zurück.

Für beide Wahlen und darüber hinaus können sich die kleinen und großen Vorfälle von Spahn über Laschet bis hin zu Nüßlein zu einer Hypothek für die Union entwickeln, mit der sie nicht nur in der kommenden Woche, sondern den ganzen anstehenden Wahlkampf umgehen muss.

Vor allem, weil dieser Bundestagswahlkampf mit vielen Unbekannten daherkommt: Die Amtsinhaber tritt nicht mehr an, der Hauptgegner heißt zum ersten Mal nicht mehr SPD, es sind die Grünen. Und dann ist schließlich noch lange nicht klar, wie die Coronlage im Sommer aussehen wird. Es gilt für die Union also nun, eine Strategie zu entwickeln, womöglich verloren gegangenes Vertrauen in ihr Krisenmanagement wiederherzustellen.



KATHARINA HAMBERGER

ist seit 2012 Korrespondentin im Hauptstadtstudio des Deutschlandfunks und beobachtet unter anderem die Unionsparteien. Zuvor hat sie Medien-, Politikwissenschaft und Journalismus studiert und anschließend beim Deutschlandradio volontiert.

Ins Scheitern verliebt

Extinction Rebellion auf Sozialdemokratisch – die SPD verstopft den Start ins Wahljahr | Von Christoph Schwennicke

Was erlauben Walter-Borjans? Er kritisiert die Kanzlerin! „Wir haben eine Regierungschefin, die in der Koordinierung in dieser Krise einiges vermissen lässt“, sagte der SPD-Chef unlängst der *Augsburger Allgemeinen*. Gerade jetzt würden „besonders geforderte Verantwortungsträger aufseiten des Koalitionspartners“ CDU ihrer Aufgabe „nicht gerecht“.

Darf man das sagen? Ist das zulässig nach all den vielen Jahren der Ehrerbietung, die auch hochrangige Sozialdemokraten wie Sigmar Gabriel gegenüber Angela Merkel über die lange Zeit der Großen Koalition gezeigt haben. Ist das die feine Art? Nein, natürlich nicht. Aber ist es legitim zu Beginn eines Jahres, in dem im Herbst die Bundestagswahl stattfindet? Unbedingt und selbstverständlich.

Der politische Raum ist kein Ort der Behaglichkeit, sondern des permanenten Wettbewerbs. Um die besseren Konzepte. Und um die Macht. Denn ohne Macht kann keiner Konzepte umsetzen. Und die Wahrnehmung Norbert Walter-Borjans, gemeinsam mit Saskia Esken Vorsitzender der SPD, korreliert mit einem zunehmenden Gefühl in der Bevölkerung: dass vor allem CDU-Politiker schwach agieren in der Corona-Pandemie und Deutschland schlecht aussehen lassen im internationalen Vergleich – namentlich EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Gesundheitsminister Jens Spahn und natürlich auch die Kanzlerin. Die Frauen und Männer der SPD stehen nicht in der ersten Reihe im Sturm, also ist es in einem Wahljahr erlaubt, dem Koalitionspartner, der auch ein Gegner ist, auf die Schwachstellen zu drücken. Zumal es in der Politik zugeht wie an der Börse: Im vergangenen Frühjahr und Sommer hatte die Union eine Hausse, weil die Handhabe der Pandemie professionell erschien. Jetzt sind ihr Corona und das Impfen entglitten, also setzt die Baisse am Meinungsmarkt ein. Das geht in Ordnung so – oder *fair enough*, wie der Brite sagt.



SPD-Parteivorsitzende: Saskia Esken

Nach diesem Wirkungstreffer aber hat sich die SPD sofort wieder auf das verlegt, was sie oft zum eigenen Nachteil tut: auf Programmatik und Ideologie. Beides fällt meistens nachteilig auf sie zurück und bei beidem hat sie ebenso oft Pech – wie ihr das einmal ein Kabarettist beim Nachdenken generell bescheinigte. Nur selten hatte die programmatische Arbeit der SPD eine ähnlich erfrischende Wirkung wie beim Godesberger Programm.

Meist bestimmen ideologische Versatzstücke des Klassenkampfes das Programm – und bestätigen damit alle Vorbehalte, die manche Menschen gegen diese Partei entwickelt haben. Gerade in jener entscheidenden Wählergruppe, die gerade noch erwog, bei Wahlen wieder auf die SPD zu setzen.

Also beschloss die SPD dieser Tage ein Wahlprogramm für die Bundestagswahl, von dem im kollek-

tiven Gedächtnis vor allem hängen bleibt: Vermögensteuer, Spitzensteuersatz anheben, Tempo 130 auf den Autobahnen.

Diese Dreifaltigkeit mag die Linken in der SPD glücklich machen. Aber sie passt weder zu ihrem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz, dem die Genossen noch weniger Beifreiheit zubilligen als seinerzeit Peer Steinbrück – und den hatten sie schon in Fußfesseln gelegt. Kleiner historischer Verweis: Schon Gerhard Schröder hatte als Kanzlerkandidat und Kanzler alle Hände voll damit zu tun zu beteuern, dass „Oma ihr klein Häuschen“ nicht in Gefahr gerate.

So fehlt einem Wahlkämpfer aber jeder Wumms, wenn er immer erklären muss, warum seine Vorhaben so schlimm schon nicht werden für die eigene Klientel.

Zweiter historischer Hinweis: Als Sigmar Gabriel noch SPD-Chef und die Nummer eins der Sozialdemokratie war, bat er seinen Hausökonom, so lange zu rechnen, bis sich ein erhöhter Spitzensteuersatz oder eine Reichensteuer wirklich für die Entlastung der kleinen bis mittleren Einkommen lohne. Sein Wirtschaftsexperte konnte nicht liefern, weil auch er zugunsten der Ideologie mathematische Gegebenheiten nicht außer Kraft setzen konnte. Kurzum: An beiden finanzpolitischen Stellschrauben müsste zu stark gedreht werden, um hinreichend Ertrag zu erhalten und zugleich nicht zu viel politischen Schaden anzurichten – also das gewünschte Wohlfühl bei den Saskia Eskens und Kevin Kühnerts und ihren sozialdemokratischen Seelenverwandten zu erreichen.

Die Namen Esken und Kühnert leiten wie von selbst über zum aktuellen Streit der SPD um die Äußerungen Wolfgang Thierse – und in etwas abgeschwächter Form Gesine Schwan. Thierse und Schwan waren mit kritischen Äußerungen zu unseligen Auswirkungen übereifriger Identitätspolitik aufgefallen. Thierse hatte dazu erst einen klugen und bedächtig formulierten Aufsatz in der *Frankfurter Allgemeinen* veröffentlicht und anderntags mit einem etwas impulsiveren Interview im Deutschlandfunk nachgelegt. Wer das Interview am Morgen hörte, dem konnten sich zwei gedankliche Zurufe aufdrängen. Erstens: Danke und alle Achtung, Wolfgang Thierse! Zweitens: Jetzt legen Sie aber mal besser sofort die Ohren und die – doppelte – Schutzmaske für die Kotböe an, die gleich über Sie hereinbrechen dürfte.

Und so kam es. Wolfgang Thierse fand sich plötzlich mit dem Umstand konfrontiert, dass sich seine Parteichefin Esken für ihn schämte, ebenso wie deren Schöpfer und Parteivize Kevin Kühnert.

Es fällt schwer, bei dieser Verschiebung der politischen Skala innerhalb der SPD nicht in fassungsloses Kopfschütteln zu verfallen. Ausgerechnet Thierse und Schwan, der einstige Bundestagspräsident der SPD die andere, beide rechtschaffen Sozialdemokraten am eher linken Ende des innerparteilichen Spektrums, sehen sich plötzlich Vorwürfen gegenüber, die bislang einem Thilo Sarrazin vorbehalten blieben? Das mutet so absurd an, dass Thierse seiner Fassungslosigkeit in einem Brief an die Parteichefin Luft verschaffen musste.

Man müsse „ins Gelingen verliebt sein“, hat Gerhard Schröder mit Ernst Bloch gerne gesagt. Die Sozialdemokraten von 2021 sind eher ins Scheitern verliebt. Wer sie – auch als gewogener potenzieller Wähler – in den ersten Monaten dieses Wahljahres betrachtet, kommt um den Eindruck nicht herum, dass diese altherwürdige und einst stolze Partei mit dieser Führung ins Stadium der finalen Selbstauflösung eingetreten ist.



CHRISTOPH SCHWENNICKE

arbeitet seit über 25 Jahren als politischer Journalist u. a. für die *Süddeutsche Zeitung* sowie den *Spiegel*, deren Parlamentsbüros er leitete. Zuletzt war er Chefredakteur und Verleger des Polit-Magazins *Cicero*.

DIREKT-NACHRICHT



ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadear.

Liefer:heldinnen

Es ist ein Jahr her, da gingen wir beim Inzidenzwert 50 noch in den harten Lockdown. Mit dem Corona-Stufenplan von heute sollen dagegen ab dem 50er-Wert der Einzelhandel, Museen oder Kinos wieder öffnen – obwohl Impfungen noch langsam passieren und Schnelltests nicht allüberall verfügbar sind. Vermeidbare Infektionen, Long Covid und Todesfälle werden damit in Kauf genommen. Merry Crisis!

Menschen in prekären Lebensverhältnissen hatten dabei noch nicht mal einen Lockdown. Sie können ihn sich im wahrsten Sinne des Wortes nicht leisten. Dafür halten sie den Laden für alle anderen am Laufen, indem sie putzen, pflegen, liefern, verkaufen. Viele von ihnen liegen auf den Covid-Intensivstationen und sind People of Color. Rassist_innen wollen sie deshalb (wieder einmal) als Stündenböcke der Pandemie ausmachen und davon ablenken, worüber wir eigentlich sprechen müssten. Nämlich über die Lebens- und Arbeitsbedingungen, die den (Corona-)Alltag der Betroffenen ausmachen, wie zu enger Wohnraum und keine Chance auf Home Office, Abstandhalten oder finanzielle Rücklagen.

Doch statt politisch dort anzusetzen, dürfen wir nun wieder in den Blumenladen gehen, „um die Wirtschaft anzukurbeln“. Wenn aber inmitten einer Pandemie die Öffnung von Geschäften und geringere Finanzspritzen die einzige Antwort sein sollen, um diese zu retten, ist das keine Antwort. Die Journalistin Sibel Schick brachte den Status quo in einem Tweet auf den Punkt: „Dass gerade so viele Händler:innen pleite gehen, liegt nicht an den Schließungen, sondern daran, dass nicht flächendeckend und wirksam geholfen wird.“

Wir stecken fest zwischen „Geschäfte auf, Geschäfte zu“. Der politische Rahmen sollte doch aber sein: Was macht das Virus mit den Menschen, und wie können sie davor am besten geschützt werden? Forderungen wie die der #ZeroCovid-Kampagne, Ansteckungen auf null zu reduzieren, Fürsorge in den Mittelpunkt zu stellen und finanzielle Ausfälle über Vermögensverteilung abzufedern, werden trotzdem als unrealistische Utopie weggewischt. Gleichzeitig werden Shutdown-Lockerungen bei wachsenden Infektionszahlen inklusive Virusmutationen nicht mal mehr als der dystopische Schritt begriffen, der sie sind. Es ist schmerzhaft offensichtlich, dass es die politisch Verantwortlichen derzeit nicht hinkriegen, abseits der schwarzen Null und *outside of the box* zu denken – sie bleiben, auch ganz ohne Lockdown, in eben jener Box hocken.